

Liebe Bönningstedterinnen und Bönningstedter,

in einige Bönningstedter Themen ist trotz etlicher Querschüsse aus der Politik Bewegung gekommen. Wir wissen, dass es Sie ärgert, wenn wir über Querelen berichten, aber diese hindern uns vielfach daran, für Bönningstedt zu arbeiten, und das wiederum wollen und dürfen wir Ihnen nicht verschweigen. Hierzu hat sich bereits der Landrat des Kreises Pinneberg eingeschaltet. Wir berichten u. a. über einen Antrag zur Errichtung eines EDEKA-Marktes auf dem Bunge-Gelände, Fortschritte bei den Bürgerstuben durch gute Zusammenarbeit von Peter Liske und Rolf Lammert, einen gemeinsamen Antrag von BWG und CDU zur Jugendarbeit, die ausgefallene Heizung der Grundschulturnhalle, die geplante Erweiterung der Krippenplätze, neue schwarz-grüne Querschüsse gegen funktionierende Ausschussarbeit und die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuern. Wir wünschen Ihnen eine schöne Frühlingszeit.

Ihre Bönningstedter Wählergemeinschaft

EDEKA auf dem Bunge-Gelände

Vor etwa 70 Besuchern fasste die Gemeindevertretung mit 15:1 Stimmen einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan auf dem Bunge-Gelände. Nach Abschluss eines städtebaulichen Vertrages, in dem sich EDEKA u. a. zur Übernahme der Planungskosten verpflichten muss, kann die Gemeinde ein Planungsbüro beauftragen. Es sollen Detail-Entwürfe für die Errichtung eines EDEKA-Marktes inkl. Verkehrskonzept, Lärmkonzept und Beeinträchtigung der Anlieger (-grundstücke) erstellt werden. Es geht auch darum, die zusätzliche Belastung der B4 zu ermitteln, den ungehinderten Einsatz der Feuerwehr zu gewährleisten und die Erreichbarkeit der Feuerwache für Feuerwehrmitglieder mit ihren privaten PKW im Einsatzfall sicherzustellen.

Bürgermeister Peter Liske, der für den Beschluss stimmte, erklärte, dass er dem Vorhaben kritisch gegenüber stehe, er aber Befürworten und Gegnern das Recht zubillige, sich auf Basis detaillierter Planungen zu äußern. Diese können ohne Aufstellungsbeschluss nicht erstellt werden.

Als nächste Schritte schreibt das Bundesbaugesetz die „Frühzeitige öffentliche Bürgerbeteiligung“ als Basis für einen Planentwurf vor. Danach folgen dessen Beratung in der Gemeindevertretung mit nachfolgendem „Auslegungsbeschluss“ und das Recht Betroffener, sich schriftlich zu äußern. Nach Würdigung der Einwände erfolgt der „Satzungsbeschluss“. Das Verfahren kann von der Gemeindevertretung an jeder Stelle abgebrochen werden.

Jane Czolbe

Heizung der Grundschul-Turnhalle

Die Turnhalle der Grundschule wird über einen mittlerweile sehr alten gasbefeuchten Heizkessel und eine Lüftungsanlage beheizt. Beide Systeme mussten Anfang Dezember stillgelegt werden.

Für den Sportbetrieb reichten bei milderem Wintertemperaturen die Flächenheizkörper. An kälteren Wintertagen fand vereinzelt kein Sportunterricht statt. Auch bei der Seniorenweihnachtsfeier konnte die Halle nicht wie gewohnt aufgeheizt werden.

Die Gemeinde stellte inzwischen die Mittel für die Instandsetzungen bereit.

Niels Hansen

Landrat rügt Grüne

Wir berichteten mehrfach über unsachliche und beleidigende Angriffe der Grünen im Internet. Am 12.12.2013 schaltete sich sogar der Landrat des Kreises Pinneberg, Oliver Stolz, ein. Er schrieb den Grünen u. a.:

„Ich möchte allerdings die Gelegenheit nutzen und darauf hinweisen, dass bei Veröffentlichungen zu diesem Thema im Internet zumindest soweit Zurückhaltung geübt werden sollte, dass sie nicht evtl. das Kriterium der Vorverurteilung oder gar der Verleumdung erfüllen.“

Oliver Stolz, Landrat, in einem Brief an die Grünen

Die Grünen haben es in kurzer Zeit geschafft, dass ihnen wegen ihres Benehmens eine solche Rüge erteilt wurde! Schaden sie damit nur sich selbst oder auch dem Ansehen unserer Gemeinde?

Reiner Knickmeier

Bürgerstuben

Über die Zukunft der Bürgerstuben berichtete Burkhard Fuchs in der Pinneberger Zeitung am 9. Januar 2014:

Landrat erteilt Grünen Abfuhr zur Kritik an Bürgerstuben-Beschluss

Bönningstedter Fraktion wollte Ratsbeschluss zu den Bürgerstuben kippen. Kommunalaufsicht sieht keinen Handlungsbedarf. (...)

Seit einem Jahr sucht Bönningstedt einen neuen Betreiber für die Bürgerstuben am Sportplatz des SV Rugenbergen. Bislang vergeblich. Die Fußballer nutzen das verwaiste Vereinsheim notdürftig, (...) Das ist aus Sicht der Gemeinde ein unhaltbarer Zustand, der möglichst schnell beendet werden soll. Darum hat der Gemeinderat Ende 2013 mit großer Mehrheit beschlossen, das 5000 Quadratmeter große Grundstück ohne Auflagen zum Verkehrswert zu veräußern.

Diesen Ratsbeschluss halten die Grünen, die als einzige Fraktion dagegen stimmten, für rechtswidrig und haben den Kreis Pinneberg aufgefordert, ihn aufzuheben. Doch die Kommunalaufsicht erteilte diesem Ansinnen eine Abfuhr. Der Ratsbeschluss sei nicht zu beanstanden, heißt es in einem Schreiben, das Landrat Oliver Stolz unterzeichnet hat. (...)

Der angesprochene Bönningstedter Bürgermeister sagt dazu: "Ich werde ja nicht so dumm sein, dies im Alleingang zu machen. Wir müssen endlich einen Weg finden, kurzfristig für den SV Rugenbergen eine Lösung zu finden." Trotz Einschaltens eines Maklers habe sich niemand für die Immobilie unter der Bedingung, sie zu sanieren, interessiert. Darum solle sie jetzt ohne Auflagen verkauft werden.

Rückendeckung bekommt Liske von CDU-Fraktionschef Rolf Lammert, der zugleich Zweiter Vorsitzender des Sportvereins ist. (...)



Schiro fährt!

Ihr persönlicher Fahrservice
Stadt- und Fernfahrten – Flughafentransfer

Telefon 040 / 55 66 920 | Mobil 0170 / 799 10 19,
www.schiro-faehrt.de

Lammert kann nicht nachvollziehen, warum die Grünen meinen, sie seien nicht informiert gewesen. Im zuständigen Arbeitskreis sei dieses Thema ausführlich besprochen worden.

Auch Lammert wird von de Ruijscher scharf angegangen. Sie behauptet, sie habe sich bei Lammert vor der Sitzung erkundigt, um welches Grundstück es denn gehen solle. Dieser habe ihr gesagt, nicht die Bürgerstuben seien gemeint, sodass die Grünen in die Irre geführt worden seien. "Das ist so nicht richtig und ziemlich unfair", widerspricht Lammert. (...) Er könne "nichts Verwerfliches" daran erkennen, wenn die Immobilie nun zum aktuellen Verkehrswert, der erst noch zu ermitteln sei, veräußert wird.

Das deckt sich mit den Ausführungen der Kommunalaufsicht. Die schreibt: "Eine rechtswidrige Abstimmung kann ich daher nicht feststellen." Und es sei jedenfalls zum jetzigen Zeitpunkt "nicht mit einem Schaden für die Gemeinde zu rechnen".

Die Grünen beklagten, dass die wiederholte Beratung des Verkaufes unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt wurde. Dagegen schreibt § 35 der Gemeindeordnung vor: „*Die Öffentlichkeit ist auszuschließen, wenn überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern.*“ Die Versuche, Investoren zu finden, nehmen Schaden, wenn ständig alle Details in die Öffentlichkeit gezerrt werden.

Jede herbeigeredete Verzögerung führt zu weiteren Schäden für die Gemeinde, die in den letzten Jahren immer wieder fünfstelligen Summen in die Bürgerstuben investieren musste, ohne den Sportlern und Gaststättenbesuchern etwas dafür bieten zu können.

Die BWG möchte, dass die vielen Sportler in Bönningstedt endlich wieder eine Heimat finden und die Gaststätte eröffnet wird, allerdings unter der Regie von Fachleuten.

Die Gemeindevertretung hat mit großer Mehrheit den Beschluss gefasst, zu dem Verkehrswert zu verkaufen, den ein vereidigter Sachverständiger ermittelt hat. Wir danken Rolf Lammert und Karl-Heinz Franze für die gute Zusammenarbeit in dieser Angelegenheit. Das ist ein wohlthuendes Beispiel dafür, dass Politiker doch gemeinsame Lösungen finden können.

Sven Freytag

SPD-Report Dezember 2013

In seiner letzten Ausgabe behauptete Karl-Heinz Franze, im Haushaltsentwurf 2014 seien 70.000 Euro für den Erhalt und die Erneuerung der Bankette am Wulfsmühlenweg ausgewiesen worden, weil der damalige Bauausschussvorsitzende Reiner Knickmeier dort wohne. So jedenfalls kann der normale Bürger diese Aussage von Karl-Heinz Franze verstehen. Es waren aber 70.000 Euro für die Sanierung aller Straßen eingeplant worden. Für alle Bankette wurden zusätzlich 10.000 Euro beantragt.

Die nach unserer Meinung von Karl-Heinz Franze vorgetragene Unterstellung, der Bauausschussvorsitzende habe die Beratungen zu seinem Nutzen beeinflusst, ist dreist und unwahr. Mit solchen persönlichen Attacken tritt man das Ehrenamt mit Füßen.

Niels Hansen

Schwarz-grüne Ausschuss-Posse

Nach der Kommunalwahl gab es beträchtlichen Streit über die Besetzung des Vorsitzes mehrerer Ausschüsse. Nachdem BWG und SPD zunächst je einen Vorsitzenden stellten und Schwarz-Grün sich verweigerte, gelang es Bürgermeister Peter Liske, Reiner Knickmeier (BWG) für den Bauausschuss und Anke Rohwer-Landberg (BfB) für den Umweltausschuss als Vorsitzende zu gewinnen. Als dann die neu gewählten Ausschüsse Ende 2013 endlich zusammentreten durften, beantragte die CDU, genau diese Ausschüsse aufzulösen und zusammenzulegen. Dafür seien Einsparungen bei den Sitzungsgeldern ausschlaggebend. Ausgerechnet die Grünen stimmten der Auflösung des Umweltausschusses zu. Ist den Grünen der Kampf gegen den Bürgermeister wichtiger als ihre vorgetragene grüne Identität?

Am 13. Februar 2014 sollte der Vorsitzende dieses Mammutgremiums neu gewählt werden. Nun weigerte Schwarz-Grün sich, einen Vorsitzenden zu stellen, obwohl die CDU bei der Auflösung der vorherigen Ausschüsse ausdrücklich zugesagt hatte, sie hätte einen Kandidaten. Da Ausschüsse ohne gewählte Vorsitzende nicht tagen dürfen, kann die Gemeinde in wichtigen Fragen nur noch eingeschränkt handeln. Die BWG stellt sich ihrer Verantwortung und leitet mit Reiner Knickmeier (Soziales) und Niels Hansen (Finanzen) zukünftig zwei der drei Ausschüsse.

Der BWG-Antrag, gemäß ihres Wahlprogrammes alle Ausschüsse auf sieben Mitglieder zu verklei-

nern, wurde von der Gemeindevertretung angenommen, aber gegen die Stimmen von Schwarz-Grün. Die Kosteneinsparung von mindestens 2.800 Euro Sitzungsgeldern wurde nun plötzlich als unwichtig abgetan. Stattdessen beklagten CDU und Grüne, sie könnten nun weniger bürgerliche Mitglieder (Bürger, die nicht der Gemeindevertretung angehören) in die Ausschüsse entsenden, was aber nicht stimmt: Sowohl die CDU als auch die Grünen hätten neben der BWG weiterhin je Ausschuss ein bürgerliches Mitglied entsenden können, verzichteten aber fast vollständig darauf. Nur die CDU entsendet ein bürgerliches Mitglied in den Finanzausschuss.

Dazu schrieb Burkhard Fuchs (Pinneberger Zeitung) am 15.2.2014:

Die Ausschussbesetzung in Bönningstedt wird zur Provinzposse. Erst dauerte es ein halbes Jahr, bis nach der Kommunalwahl Bau- und Umweltausschuss vollständig besetzt waren. Im Spätsommer 2013 waren endlich zwei Vorsitzende gefunden, damit die Ausschüsse einberufen werden und ihre Arbeit aufnehmen konnten.

CDU und Grüne legten die beiden Ausschüsse zusammen, die dann aber keiner leiten wollte. Und auch am Donnerstagabend fand sich keiner aus diesen beiden Fraktionen bereit, diese Verantwortung zu übernehmen.

Die BWG, die bereits den Finanz- und Sozialausschuss leitet, sieht sich da nicht auch noch in der Pflicht. Doch CDU und Grüne zweifelten am Demokratieverständnis von BWG und BfB,

weil diese die Ausschüsse von elf auf sieben Mitglieder verkleinerten. Dabei ändern sich die Mehrheitsverhältnisse dadurch nicht.

Jane Czolbe

Krippenplätze

Im letzten Infoblatt berichteten wir über Bewegung bei dem Ausbau von Krippenplätzen. Der von Bürgermeister Peter Liske initiierte Arbeitskreis tagte mittlerweile mehrfach unter Beteiligung beider Kindergärten und der Verwaltung aus Quickborn. Bei Ortsbegehungen wurden Standorte für zusätzliche Räumlichkeiten gesucht, für die die Verwaltung nun mögliche Kosten ermittelt.

Über die Kosten können noch keine Aussagen getroffen werden, da sich der Arbeitskreis derzeit mit der technischen Planung beschäftigt. Mit einmaligen Baukosten im hohen sechsstelligen Bereich ist aber zu rechnen, die mit bis zu 35 % vom Bund, Land und Kreis gefördert werden können. Die jährlichen Zuschüsse (vor allem für das pädagogische Personal) betragen ca. 60.000–80.000 Euro. Davon ist der Elternanteil bereits abgezogen. Was, wenn die Gemeinde die Krippen nicht erweitert? Dann lassen die Eltern ihre Kinder in anderen Kommunen betreuen und die Gemeinde Bönningstedt muss den dort entstehenden kommunalen Anteil (je nach Krippe zwischen 400 und 600 Euro je Kind) erstatten, also fast die gleichen Kosten wie bei einer Bönningstedter Lösung. Zudem ist die Gemeinde zur Krippenbetreuung bzw. zur Tagespflege gesetzlich verpflichtet.

Stefan Kiel

- FLIESEN
- PLATTEN
- MOSAIK

Repschläger GMBH
Meisterbetrieb gegr. 1973

DORFSTRASSE 27
25474 BÖNNINGSTEDT

TEL. (040) 556 63 89
FAX (040) 556 82 18

Purps
Party-Service

Kieler Str. 116
25474 Bönningstedt

Tel. 040 / 55 66 350
040 / 22 60 53 66
Mobil 0178 / 6 82 77 82

E-mail: g.purps@gmx.de

Bürozeiten:
Dienstag 10 - 13.00
Mittwoch 15 - 18.00
und Termine nach
Vereinbarung

Jugendarbeit

Anfang des Jahres traf sich auf Einladung der KiJu-Leiterin, Martina Niehusen, der Beirat des KiJu unter Beteiligung der BWG, CDU und der SPD in den KiJu-Räumlichkeiten innerhalb der Bürgerstuben. Nach einem Rundgang durch die Räume war allen klar, dass hier die Jugendlichen trotz eines Wasserschadens schon viel Engagement und Einsatz gezeigt haben. Um das KiJu aber wieder voll nutzbar zu machen, wären erhebliche Investitionen nötig.

Zudem bieten auch andere Institutionen, wie Sportvereine, Jugendfeuerwehr und die Ganztagschule eigenständige Konzepte für Jugendarbeit in Bönningstedt an, die alle aufeinander abgestimmt werden sollten. Der KiJu-Beirat schlug daher einen Runden Tisch „Jugendarbeit“ unter Beteiligung aller Angebotsträger und der Politik vor. Ein entsprechender gemeinsamer Antrag der Fraktionen der BWG und CDU wurde vom Sozialausschuss am 23.01.2014 einstimmig angenommen.

Stefan Kiel

Gebühren und Steuern

Die Gemeindevertretung hat mit großer Mehrheit beschlossen, die Grund- und Gewerbesteuerhebesätze anzuheben. Die Grundsteuer-

hebesätze A (landwirtschaftliche Flächen) und B (bebaute Flächen) wurden jeweils von 270 auf 340 angehoben und der Gewerbesteuerhebesatz von 310 auf 320. Dies ist die erste Erhöhung seit 2001 und liegt unter der allgemeinen Kostensteigerung im gleichen Zeitraum. Die Gemeinde erzielt zusätzliche Einnahmen von jährlich etwa 200.000 Euro. Die Hebesätze sind mit denen der Stadt Quickborn identisch.

Die BWG hat sich mit der Zustimmung zu diesen Erhöhungen schwer getan. Wir können aber nicht ignorieren, dass die Kosten der Gemeinde für Personal, Energie und Fahrzeuge in den letzten Jahren drastisch angestiegen sind.

Kunststoffe
Zuschnitt - Kleinverkauf - Versand
Kunststoffe für Haus, Boot, Caravan, Garten und Modellbau
Acryl(Plexiglas), PC(Makrolon/Lexan), PVC-Platten, Rohre, Profile
Doppelstegeplatten und Profile für Überdachungen
Verkauf von Werbemitteln wie Prospektständern und Displays

Ladenverkauf und Versand

ALLKU

www.allku.de Tel. 040-55 69 49-0 Fax:040-55 67 832
Nordring 19-21 25474 Bönningstedt

Kommunen können bei folgenden Steuern deren Höhe beeinflussen (in Klammern die voraussichtliche Einnahme 2014): Gewerbesteuer (1.238.000 Euro), Grundsteuer A (23.000 Euro), Grundsteuer B (680.000 Euro) und Hundesteuer (15.000 Euro). Von diesen Steuereinnahmen müssen etwa 40 % als Umlage an den Kreis Pinneberg abgeführt werden und 25 % der

Gewerbesteuereinnahmen an das Land Schleswig-Holstein.

Nach dem Kommunalabgabengesetz muss sich eine Gemeinde erst durch zweckgebundene *Gebühren* finanzieren.

So soll die Gebühr für den Besuch der Offenen Ganztagschule kostendeckend sein. Trotz der Erhöhung von 12 Euro auf 15 Euro im Monat für jeden genutzten Wochentag wird die OGTS dennoch von der Gemeinde 2014 mit 53.000 Euro (2013 80.000 Euro) aus Steuermitteln bezuschusst. Mittelfristig ist mit der Einführung einer Gebühr für die Einleitung von Niederschlagswasser in gemeindliche Abwassersysteme zu rechnen.

Alle Gemeindevertreter sind verpflichtet, sich an der Haushaltskonsolidierung mit konkreten Sparvorschlägen zu beteiligen. Konkrete Vorschläge gab es nur wenige. Vage Ideen wie die Bildung eines Arbeitskreises (Grüne), der weitere Einsparungen aufspüren soll (wozu haben wir den Haushalt im Finanzausschuss so intensiv beraten?) oder nicht konkret benannte „Umschichtungen“ (Karl-Heinz Franze) sind nur populistisch. Wir brauchen keine abstrakten Einsparungssummen, sondern konkrete Vorschläge, aber diese zu erstellen erfordert Mut.

Niels Hansen

Wir von der BWG sind für Sie da: Wenn Sie Fragen oder Anregungen zu politischen Themen haben, wenden Sie sich bitte an uns. Wir freuen uns auf das Gespräch mit Ihnen.

Birgit Bernhard (Ostermoorweg 86), **Jane Czolbe** (Kieler Straße 129d, Tel. 556 63 73), **Sven Freytag** (Ellerbeker Str. 54), **Simone Gent-Welbing** (Moorlander Weg 5), **Joachim Graessner** (Heidkampsweg 16), **Jörg Hahn** (Ahornstraße 70), **Christel Hansen** (Winzeldorfer Straße 22, Tel. 556 83 18), **Niels Hansen** (Winzeldorfer Straße 22, Tel. 556 83 18, E-Mail: niels-john.hansen@hamburg.de), **Stefan Kiel** (Fraktionsvorsitzender)

Reiner Knickmeier (Tel. 556 71 93), **Peter Liske** (Bürgermeister, Ahornstraße 40, Tel. 556 76 41, E-Mail: peter.stefan.liske@gmail.com), **Peter Möller** (Op'n Stiegen 1), **Mario Pöpelt** (Ellerbeker Straße 6), **Matthias Schmidt** (Bendloh 65), **Jens Widau** (stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Ellerbeker Straße 2, Tel. 556 70 33)

Herstellung: Winkelmann Offset GmbH, Kieler Str. 194, 25474 Bönningstedt, **V.i.S.d.P.:** Niels Hansen, Winzeldorfer Str. 22, Tel. 556 83 18